



Wolfgang Kubicki: Wir halten an dem Vereinbarten fest

Kiel/tg – Mit einem Brief an die Fraktionsvorsitzenden von CDU und FDP sowie Innenminister Klaus Schlie (CDU) reagierte die GdP auf die möglichen Folgen des Haushaltsaufstellungsverfahrens für den Doppelhaushalt 2011/2012.

Es sei der erste Haushalt der gelb-schwarzen Koalition. „Grundlage für die Arbeit dieser Regierung war der im Oktober 2009 zwischen CDU und FDP geschlossene Vertrag zur ‚Koalition des Aufbruchs‘“, konstatierten der GdP-Landesvorsitzende Oliver Malchow und Geschäftsführer Karl-Hermann Rehr in ihrem Schreiben an die drei Politiker. Dieser Koalitionsvertrag habe wesentliche Bestandteile enthalten, die aus Sicht der Polizei überfällig, jedoch von der Vorgängerregierung vernachlässigt worden seien. Als Beispiele nannten die GdP-Vertreter eine langfristig und nachhaltig wirkende Strukturplanung, ein verlässliches und nachhaltiges Beförderungssystem mit aufgabengerechter Entlohnung sowie eine verlässliche Personalplanung und durch Umstrukturierung freierwerdendes Personal zum Schließen der strategischen Lücke des operativen Dienstes einzusetzen.

Im Schreiben des Finanzministeriums (IV 20 i.V. – H 1105 – 112) befindet sich trotz der Vereinbarung im Koalitionsvertrag in der Anlage 1 eine Übersicht zur Reduzierung von Planstellen. So sei im Einzelplan 04 für die Polizei eine Einsparungsvorgabe von 202 Stellen vorgesehen, so Malchow und Rehr. Vor noch nicht einmal fünf Monaten hätte die Vorgängerregierung beabsichtigt, 150 Stellen zu streichen. Schon diese damalige Stelleinsparungsabsicht sei nicht zu erbringen gewesen.

„Nun soll diese Zahl sogar noch getoppt, anstatt 150 nun sogar 202 aus dem Bereich der Polizei gestrichen werden. Wir sind ratlos, weil es uns nicht erklärlich ist, wie unter der Aufgabenlast und ohne Aufgabenkritik nun 202 Stellen entfallen sollen“, erklärten der GdP-Landesvorsitzende und der -Geschäftsführer und baten Dr. von Boetticher, Wolfgang Kubicki und Klaus Schlie um Erklärung.

Inzwischen haben die drei Politiker der GdP geantwortet. Hier die Antworten:

Dr. Christian von Boetticher

„Wie Sie wissen, wird im Moment von den Regierungsfractionen im Schleswig-Holsteinischen Landtag geprüft, wie der desolante Landeshaushalt in den kommenden zehn Jahren saniert werden kann“, erläuterte der CDU-Fraktionsvorsitzende. Dazu bedürfe es in allen Ressorts großer Anstrengungen. Die einzelnen Ministerien seien aufgefordert, alle Ausgaben kritisch zu hinterfragen und zu analysieren, welche Auswirkungen die Streichung einzelner Aufgaben auf die Menschen im Lande hätten.

Das Finanzministerium habe in dem zur Rede stehenden Schreiben einen ersten Vorschlag gemacht, wie das Innenministerium die vorgegebene Ausgabenreduktion erreichen könne. „Es ist dem Ministerium dabei unbenommen, die 202 Stellen auch an anderer Stelle – also außerhalb der Polizei zu erbringen. Zum jetzigen Zeitpunkt gelten die zwischen CDU und FDP im Koalitionsvertrag festgeschriebenen Aussagen zur Polizei uneingeschränkt“, schrieb von Boetticher.

Jedoch betonte der CDU-Politiker vielsagend, dass „es aufgrund der desolanten Haushaltsalge nach der Überprüfung der Ausgaben in den einzelnen Ministerien zu Veränderungen im Koalitionsvertrag kommen kann“.

Die CDU-Landtagsfraktion würde dann die Schwerpunkte der politischen

Arbeit definieren und ausgewählte Ausgabenkürzungen umsetzen. Innere Sicherheit, Bildung und Wirtschaftswachstum seien aber von jeher Bereiche, die der CDU besonders am Herzen lägen.

Wolfgang Kubicki:

Der FDP-Fraktionsvorsitzende antwortete kürzer, aber deutlicher: Für die FDP gelte der Koalitionsvertrag, teilte Kubicki mit. Der Vertrag sei von den Vertragspartnern in Kenntnis um die schwierige Situation der Landesfinanzen



Karl-Hermann Rehr und Oliver Malchow richteten ein gemeinsames Schreiben an Dr. Christian von Boetticher, Wolfgang Kubicki und Klaus Schlie. **Archivfoto: Gründemann**

verhandelt worden. „Wir haben dort mit der CDU vereinbart, dass es keine Personaleinsparungen bei der Polizei geben soll, solange die bekannte strategische Lücke im Vollzugsbereich besteht. Vorschläge, die gegebenenfalls in eine andere Richtung gehen, nehmen wir zur Kenntnis. Wir halten aber an dem Vereinbarten fest“, unterstrich der FDP-Fraktionsvorsitzende.

Innenminister Klaus Schlie (CDU)

„Ich versichere Ihnen, dass ich trotz der äußerst schwierigen Finanzlage des Landes vor dem Hintergrund der Arbeitsbelastung der Polizei, aber auch vor dem Hintergrund der Festlegungen im

Fortsetzung auf Seite 3



GLÜCKWÜNSCHE

Wir gratulieren zum/zur

Beförderung

Kriminalhauptkommissar A 12

Wolfgang Kwidzinski, RG Lübeck-Ostholstein

Polizeioberkommissar

Heinz-Willi Söth, RG Steinburg-Dithmarschen

Polizeihauptmeister

Ingo Frieböse, RG Kiel-Plön

Polizeiobermeisterin

Claudia Friebe, Svea Schulze, RG Kiel-Plön

Justizobersekretär/-in

Shadi Bdeiwi, Denis Burmeister, Andreas Fährmann, Stefanie Jolitz, Stephan Kieckbusch, Lars Leimgrübler, Christian Pahlke, Lars Steuber, Jan-Kristian Thoms, RG Justizvollzug

Justizobersekretäranwärter

Marco Hatesaul, Hans-Jürgen Schiestl, RG Justizvollzug

Lebenszeitanstellung

Jessica Stegmann, Stefan Zarbock, RG Justizvollzug

40-jährigen Dienstjubiläum

Frank Briese, RG AFB; Werner Delfs, Bernhard von Rügen, Ralf Surkus, RG Schleswig-Flensburg

25-jährigen Dienstjubiläum

Peter Bieck, RG Schleswig-Flensburg
Reno Schoor, RG Justizvollzug

Vermählung

Nina Schaup geb. Knischewski und Ehemann, RG Segeberg

In den Ruhestand treten

Johannes Rasmussen, RG Kiel-Plön;
Hans-Sievert Ruge, RG Schleswig-Holstein Mitte

Wir bitten alle Kolleginnen und Kollegen um Verständnis, dass wir nur diejenigen namentlich erwähnen konnten, die uns vor Redaktionsschluss von ihrer Regionalgruppe genannt wurden.

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss der
Ausgabe 5/2010:
Donnerstag, 8. April 2010



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Schleswig-Holstein

Geschäftsstelle:
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
Telefax (04 31) 1 70 92

Redaktion:
Verantwortlicher Redakteur:
Thomas Gründemann
Geschäftsführender Landesvorstand
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
E-Mail: gdp-schleswig-holstein@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GmbH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32
vom 1. April 2009

Anzeigen-Repräsentant:
Walter Grote
Odenwaldstraße 14, 20255 Hamburg
Telefon (0 40) 40 94 34

Namentlich gekennzeichnete Beiträge
stellen nicht in jedem Fall die Meinung
der Redaktion dar.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

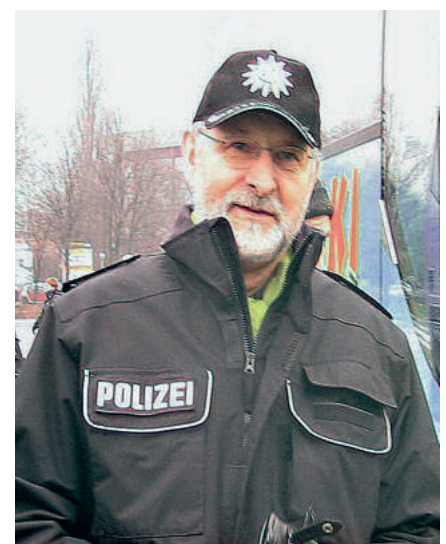
ISSN 0170-6497

ABSCHIED

Alles Gute, Claus Kecinski!!!

In diesem Monat beginnt für unseren Kollegen Claus Kecinski ein neuer Lebensabschnitt: Er wird in den wohlverdienten Ruhestand gehen. Wir von der Regionalgruppe Schleswig-Flensburg wollen unserem Claus alles Gute für die neu gewonnene Zeit wünschen. Wer ihn kennt, weiß, dass er nicht auf eine Auflistung von Zahlen und Daten bezüglich seiner Karriere und auch seiner Arbeit in der Gewerkschaft schauen will. Er war jahrelang unser Vorsitzender und ist seit einiger Zeit auch unser Ehrenvorsitzender. In dieser Funktion stand er bis heute mit Rat und Tat zur Verfügung. Dafür auch an dieser Stelle noch einmal ein großes Dankeschön. Also Claus, wir wünschen dir und deiner Familie alles Gute auch weiterhin und sehen uns bei der nächsten Vorstandssitzung.

**Deine Regionalgruppe
Schleswig-Flensburg**



Claus Kecinski kann ab sofort den Ruhestand genießen.



SEMINAR**„Total normal?“**

Bildungspolitisches GdP-Seminar in Israel vom 7. bis 14. November 2010

Israel und Deutschland ... sind durch ein dichtes Netz politischer, wirtschaftlicher, kultureller und auch zivilgesellschaftlicher Kontakte verbunden. Dieses Netz entstand bereits in den Fünfzigerjahren auf der gesellschaftlichen Ebene. Am 12. Mai 1965 wurde dann die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Staaten vereinbart. Heute bilden die Beziehungen zum Staat Israel eine der tragenden Säulen der deutschen Außenpolitik.

Die Vergangenheit, der nationalsozialistische Völkermord an den europäischen Juden, ist dabei stets gegenwärtig. Das Wissen um diese Vergangenheit wird den Beziehungen zwischen beiden Staaten immer einen besonderen Charakter verleihen. Dieses Seminar bietet einen Überblick über Höhen und Tiefen der deutsch-israelischen Beziehungsgeschichte und will die Vielfalt des Beziehungsgeflechts zeigen.

Höhepunkte dieser Seminarreise werden Gespräche mit der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Friedrich-Ebert-Stiftung sein. Geplant ist weiter ein Besuch beim israelischen Police-Headquarter, sowie, wenn möglich, beim Ministerium des Inneren in Jerusalem. In Haifa steht ein Gespräch mit der Universität in der Fakultät „Sicherheitspolitik“, auf dem Programm. Ein „Muss“ ist der Besuch der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem. Weiter steht ein Treffen mit Vertretern der israelischen Gewerk-

schaftsbewegung „Histadruth“ im Programm.

Die Teilnahme an dieser Seminarreise setzt die Teilnahme an einem Vortreffen zur Einführung voraus.

Die Anerkennung dieses Seminars als Maßnahme nach dem BFQG zur Erlangung von Bildungsurlaub ist bei der schleswig-holsteinischen Landesregierung beantragt.

Leistungen: Flug von Hamburg nach Tel Aviv und zurück, Flughafensteuern, Lande- und Sicherheitsgebühren, Kerosinzuschlag (Stand 1/2010), ÖPNV-Coupon (An- und Abreise zum Flughafen innerhalb der Verkehrsverbünde), Transfers inkl. Gepäckbeförderung vom Flughafen Tel Aviv nach Haifa und zurück, sieben Nächte im Hotel „The Colony“ in Haifa in Zimmern mit Bad oder Dusche/WC, Halbpension: Frühstück und Abendessen, Informationsmaterial und Reiseführer, Insolvenzversicherung. Ganztägig: Stadtrundfahrt Haifa – Akko; Ganztägig: Jerusalem mit Altstadt + Yad Vashem; Ganztägig: Totes Meer – Massada, Bademöglichkeit; Ganztägig: Besuch von Tel Aviv und Caesarea, Fahrt im klimatisierten Reisebus, deutschsprechen-



Das Damaskus-Tor in der Altstadt von Jerusalem.

der Reiseleiter, Besuch in der Uni Haifa (Fakultät, die sich mit sicherheitspolitischen Aspekten befasst), Jerusalem: Besuch des Polizei-Hauptquartiers und/oder des Ministeriums für Innere Sicherheit.

Kosten:

GdP-Mitglieder:

DZ **1.150 €** EZ + 299 €

andere Teilnehmer:

DZ **1.250 €** EZ + 299 €

Informationen und Anmeldung: Gewerkschaft der Polizei – Landesbezirk Schleswig-Holstein e.V. –, **Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel, Telefon 04 31-1 70 91, Telefax 04 31-1 70 92, E-Mail: Dorith.Schulz@gdp-online.de, www.gdp-sh.de**

DOPPELHAUSHALT 2011/2012

Fortsetzung von Seite 1

Koalitionsvertrag, an der politischen Absicht festhalte, dass es derzeit keine Einsparungen bei der Polizei geben und die Polizei von den Restriktionen der Haushaltsaufstellung 2011/2012 befreit werden soll“, machte Schlie klar. Daher sollten die im Haushaltsaufstellungserlass für den Doppelhaushalt 2011/2012 vorgesehenen Einsparungsquoten für die Landespolizei nicht vorgenommen werden und ein linearer Abzug von Budgetmitteln aus dem Personalhaushalt der Landespolizei nach den vom Finanzministe-

rium vorgesehenen Grundsätzen nicht erfolgen. „Damit verbunden ist auch weiterhin das Ziel, durch Aufgabenverlagerung, Umstrukturierung oder andere Maßnahmen freiwerdendes Personal ausschließlich zur Schließung der sogenannten strategischen Lücke im operativen Dienst der Landespolizei zu verwenden“, bekannte sich der Innenminister zu bisherigen Aussagen. Klaus Schlie bat aber um Verständnis dafür, dass die bestehende Vakanzenliste für Stellen im Verwaltungs- beziehungsweise Beschäftigtenbereich derzeit noch unter den geltenden Prämissen fortgeführt werde.

Einzelfallentscheidungen würden über Stellenbesetzungen im Personalreferat getroffen. Darüber hinaus kündigte Schlie an, einen Vorschlag zur Fortentwicklung eines Strukturkonzepts für Beförderungen in der Polizei ebenfalls erarbeiten zu lassen, da „mir eine verlässliche Beförderungsperspektive für die Beschäftigten der Landespolizei außerordentlich wichtig ist“. Gleiches gelte für eine Personalersatzplanung, die den Herausforderungen der demografischen Entwicklung in den vor uns liegenden Jahren gerecht werde.

Thomas Gründemann



Malchow: „Personalaufstockung wird begrüßt“

Harrislee – Man hört ja so einiges von der Kooperativen Regionalleitstelle in Harrislee, die im September vergangenen Jahres in Betrieb genommen wurde. Und zumeist ist es nichts Gutes. Nachdem die Gerüchte oder Wahrheiten auch die GdP erreicht hatten, wollten der Landesvorsitzende Oliver Malchow, der Regionalgruppenvorsitzende Michael Carstensen und ich uns ein eigenes Bild machen. So waren wir Gäste in Harrislee und wurden von Reinhard Becker, Gunnar Schneider und dem Dienstgruppenleiter Arno Carstensen über die Situation auf der Regionalleitstelle informiert.

Zunächst wurde uns im Gespräch ein objektives Bild der beeindruckenden Technik vermittelt: Sie ist komplexer geworden, wird inzwischen aber von allen beherrscht. Deutlich wird aber auch: Trotz der technischen Möglichkeiten wäre Kartenmaterial nach wie vor hilfreich. Reinhard Becker berichtete jedoch von weiterhin sporadischen Ausfällen der Technik mit unterschiedlichsten Ursachen, die es indes notwendig machen würden, dass noch immer viel improvisiert werde. Gespräche würden teilweise sogar mit Privathandys geführt, behobenen Fehlern folgten häufig neue. Aufgrund knapper personeller Ressourcen beim LPA 17 seien Reparaturen oft kurzfristig nicht möglich.

Auch viele Grunddaten lägen nach Angaben der Verantwortlichen auf der Regionalleitstelle noch nicht vor, da derzeit noch keine Reporte erstellt werden könnten. Das beziehe sich sowohl auf den internen Dienstbetrieb als auch auf die Dienststellen im Land. So gebe es zum Beispiel noch immer keine tägliche Lagemeldung. Diese werde durch die Stäbe

der PD'en Flensburg und Husum noch händisch zusammengestellt. Die beauftragte Firma Eurofunk sehe sich jedoch außerstande, hierfür einen verbindlichen Termin zu nennen.

Als das heikelste Problem erweist sich offenbar der Personalmangel, der zunächst mit der vorübergehenden Umsetzung von vier Kolleginnen und Kollegen aus der PD Husum und PD Flensburg nach Harrislee abgemildert worden sei. Wie Reinhard Becker berichtete, seien die vier Verstärkungskräfte in den einsatzärmeren Wintermonaten gerade ausreichend. Mit Sorge blickt der Chef der Regionalleitstelle indes auf den bevorstehenden Dienstbetrieb in den Sommermonaten (Touristen, Veranstaltungen pp.). Hierzu müssten nach seiner Auffassung mindestens noch zwei weitere Kollegen fest ihren Dienst auf der Einsatzleitstelle versehen. Zur Erinnerung: Während die bisherigen Leitstellen für die Kreise Nordfriesland, Schleswig und Flensburg mit 36 Mitarbeitern besetzt waren, ist Harrislee mit 26 an den Start gegangen, inzwischen verstärkt um vier Beamte aus der PD Flensburg.

Zusätzlich wurde der Arbeitsplatz als Bildschirmarbeitsplatz mit der Folge eingestuft (wurde in der Personaleberechnung nicht mitbetrachtet), dass die Kolleginnen und Kollegen stündlich eine Pause von zehn Minuten machen sollen, was ebenfalls nur in einsatzarmen Zeiten möglich sein dürfte.

Anlass zur Sorge gibt auch die bei wachsendem Arbeitsdruck spürbar nachlassende Arbeitszufriedenheit der Mitarbeiter. „Während im alten Leitstellensystem es noch möglich war, zu telefonieren und gleichzeitig den Funk mit ‚einem

halben Ohr‘ mitzuhören, lässt das neue System dies nicht mehr zu“, berichtet Becker.

Ideen zur Entspannung der Situation auf der Regionalleitstelle gibt es bereits, die Mitarbeiter stehen Neuerungen offen gegenüber. So ist im Herbst testweise ein Poolmodell geplant. „Trotzdem wird die gleiche Schichtstärke Dienst verrichten müssen, man spart also kein Personal, kann aber vermutlich Krankheit und Urlaub besser auffangen. Weiterhin scheint es sinnvoll, die Anzahl von vier Funkverkehrskreisen auf zwei zu reduzieren und zusammenzuschalten. Damit könnten dann wieder zwei Zweier-Teams gebildet werden, so dass jeweils zwei Einsatzleiter über das Einsatzgeschehen im Bilde seien, anstatt bisher einer. Eine Aufteilung der Arbeit in Notruf- und Funkdisponenten erscheint nach Einschätzung Beckers und seiner Kollegen nicht sinnvoll, da dadurch eher mehr als weniger Mitarbeiter eingesetzt werden müssten, da bei dem Notrufaufkommen der Bürger möglichst gar nicht oder nur kurz in die Warteschleife kommen soll.

Und vor allem auch die arbeitsmedizinische Seite müsse mitbetrachtet werden. „Viele Kolleginnen und Kollegen gehen mit einem dröhnenden Kopf nach Hause: die Luftfeuchtigkeit beträgt nur 20 Prozent. Gefordert sind jedoch 40 bis 50 Prozent. Und die trockene Luft führt zu körperlichem Unwohlsein“, wurde uns berichtet. Aber Abhilfe soll geschaffen werden, derzeit laufen weitere Messungen, Luftbefeuchter sollen angeschafft werden. Nach dem Besuch zeigten sich die drei GdP-Vertreter angetan: „Die Problembereiche sind uns von der Leitung offen und in sachlicher Form dargestellt worden, ohne die Gesamtsituation zu dramatisieren“, stellte Oliver Malchow fest.

Jedoch sei zu recht die Erwartung formuliert worden, die Missstände abzustellen, so der GdP-Landesvorsitzende weiter. Allerdings sei auch die hohe Motivation der Beschäftigten, den Aufgaben und den veränderten Arbeitsabläufen und Bedingungen zügig gerecht werden zu können, deutlich geworden. „Vor allem begrüße ich die Entscheidung, das Personal aufzustocken und hoffe, dass die Personaleberechnungen für alle vier Leitstellen den tatsächlichen Gegebenheiten entsprechen werden“, meinte Malchow nach seinem Besuch in Harrislee.



Oliver Malchow und Michael Carstensen (l.) ließen sich die Technik auf der Regionalleitstelle erklären.
Foto: Kristin Stielow

Kristin Stielow



ZUR PERSON

Psychische Erkrankungen noch immer Tabu-Thema

Peter Besel – Schwerbehindertenvertreter seit 15 Jahren

Kiel – Seit 13 Jahren ist Peter Besel Hauptvertrauensperson für Menschen mit Behinderung und in dieser Funktion für den gesamten Bereich Landespolizei verantwortlich. Der 55-Jährige genießt aufgrund seines Engagements und seiner Sachkompetenz sowie seines Durchsetzungsvermögens hohes Ansehen und Vertrauen bei seinem Klientel, aber auch darüber hinaus.

Peter Besel ist ein humorvoller Mensch. Wenn es jedoch um sein Klientel geht, dann versteht der engagierte Polizist absolut keinen Spaß. Bei seiner Amtsübernahme Mitte der 90er-Jahre seien es noch rund 230 Betroffene gewesen, die er seinerzeit zu betreuen hatte. „Die Anzahl hat jedoch im Laufe der Jahre kontinuierlich zugenommen – Tendenz weiter steigend,“ berichtet Besel. Lange habe es vor allem auch bei den Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten noch eine spürbare Zurückhaltung gegeben, sich im Zusammenhang mit der eigenen Person mit dem Thema Behinderung auseinanderzusetzen beziehungsweise sich hierzu zu bekennen. „Vor allem die Angst, dienstlich überprüft zu werden, hat diese Scheu gefördert“, erklärt Peter Besel, der für seine wichtige Aufgabe freigestellt ist. Durch eingehende Beratung und persönliche Begleitung habe er in seiner Funktion in vielen Bereichen helfen und die Angst so nehmen können. Auch dadurch sei die Anzahl der Menschen mit anerkannter Behinderung gestiegen. Besel, der als Folge einer überwundenen Krebserkrankung selbst schwerbehindert ist, war damals von Karl-Heinz Schipper, seinem Amtsvorgänger im Landeskriminalamt angesprochen worden, ob er nicht Interesse habe, die Tätigkeit des Schwerbehindertenvertreters auszuüben. Nachdem er seine Bereitschaft erklärt habe, sei er dann 1995 auch in die Schwerbehindertenvertretung und ein Jahr später zum Hauptvertrauensmann gewählt worden. Sein Hauptziel in seiner Funktion sei es, möglichst bei allen relevanten Erlassen, Gesetzen und Verordnungen beteiligt zu werden und mit seinem Engagement auch schwierige Einzelfälle im Sinne der Betroffenen lösen zu können.

„Es hat eine Vielzahl von herausragenden Einzelfällen gegeben“, berichtet der Erste Kriminalhauptkommissar. Und bei seinem Handeln für Menschen mit Behinderung schreckt der robust auftretende Peter Besel auch vor unpopulären Wegen nicht zurück, geht Konflikten nicht aus dem Weg. „Mein Vorteil ist dabei, dass ich als Einziger in der Landespolizei keinen Dienstweg einzuhalten habe. Das ist ganz wichtig, denn es führt zu möglichst unbürokratischen Lösungen“, stellt das langjährige GdP-Mitglied heraus.

Insbesondere aus seiner Anfangszeit erinnert sich der in Schwentinental lebende Beamte an einen außergewöhnlichen Fall. Ein lebensbedrohend an Leberkrebs erkrankter Kriminalhauptmeister sollte seinerzeit nicht befördert werden, weil seine Beurteilungsnote nicht den entsprechenden Anforderungen für eine Anhebung genüge. Jedoch war in der Beurteilung des Beamten nicht dessen Schwerbehinderung berücksichtigt worden. Dies hätte jedoch eine Korrektur der Beurteilungsnote mit einem besseren Wert und damit eine Beförderung nach sich gezogen. Damalig seien Beförderungen noch sofort ruhegehaltfähig gewesen. Dienstlich wollte man jedoch eine Korrektur nicht vornehmen.

„Am Ende blieb mir nichts Anderes übrig, als den damaligen Innenminister Wienholtz persönlich aufzusuchen, um eine Lösung im Sinne des Kollegen zu erreichen“, so Peter Besel. Das Vorgehen war von Erfolg gekrönt. Wenige Wochen nach der Beförderung des Kollegen sei dieser zwar verstorben, aber seine Witwe erhielt die Ruhegehaltsbezüge aus dessen Beförderungsamt. So hat Peter Besel über die Jahre unzähligen Kolleginnen und Kollegen wertvolle Hilfe leisten können und damit allen Grund, zufrieden zu sein – und er ist es auch. „Ich denke, dass meine Akzeptanz sehr gut ist, sowohl bei



Peter Besel ist seit 15 Jahren Hauptvertrauensmann für Menschen mit Behinderung.

Foto: Gründemann

den Kolleginnen und Kollegen, als auch bei der Politik und den Verbänden sowie Behörden. Und auch einen Leitsatz hat Peter Besel für sein Engagement. „Wichtig ist nicht das Abschaffen baulicher Barrieren, sondern von Barrieren im Kopf!“ Hier gebe es insbesondere bei Vorgesetzten noch eine Menge Nachholbedarf. Besorgt zeigt sich die Hauptvertrauensperson für Menschen mit Behinderung über die spürbare deutliche Zunahme von psychischen Erkrankungen. „Das ist offenbar noch immer ein Tabuthema“, so die Erfahrung Besels.

Thomas Gründemann

Flüge weltweit!



PSW verfügt über verschiedene Flugdatenbanken mit tausenden von Angeboten. Dadurch kommen günstige Flugpreise zustande. Preisvergleiche garantiert.

Telefon: 0431-1221014/18, 0451-5021736,

eMail: psw-reisen.kiel@t-online.de,
psw-reisen.luebeck@t-online.de



Regionalgruppe Justizvollzug tagte

Vorstand neu gewählt – klares Votum

NEUMÜNSTER. Thorsten Schwarzstock wurde als Vorsitzender der GdP-Regionalgruppe Justizvollzug in seinem Amt bestätigt. Über 50 Kolleginnen und Kollegen aus den Justizvollzugsanstalten waren am 11. Februar 2010 der Einladung zur landesweiten Vollversammlung nach Neumünster gefolgt. Sie sprachen nicht nur dem 49-jährigen Schwarzstock, der als Justizvollzugsbeamter im allgemeinen Vollzugsdienst der JVA Kiel tätig ist, sondern auch dem Stellvertretenden Vorsitzenden Olaf Müller (JVA Lübeck), dem Kassierer Jens-Peter Stürck (JVA Neumünster) und dem neuen Schriftführer Jens Martens (JVA Lübeck) jeweils einstimmig das Vertrauen aus, ebenso dem neuen Stellvertretenden Kassierer Michael Krützfeld (JVA Neumünster) und Stellvertretenden Schriftführer Michael Weber (AHE Rendsburg).



Der neue Vorstand (v. l. n. r.): Thorsten Schwarzstock, Michael Weber, Jens Martens, Jens-Peter Stürck, Michael Krützfeld und Olaf Müller

Als Gäste wohnten der landesweiten Zusammenkunft der Justizvollzugsbeschäftigten der Abteilungsleiter II im Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration, Johannes Sandmann, sowie der Stellvertretende GdP-Landesvorsitzende Manfred Börner und Landesgeschäftsführer Karl-Hermann Rehr bei. Der ortsansässige Dienststellenleiter sagte seine Teilnahme an der Veranstaltung „aus grundsätzlichen Erwägungen“ ab.

Im Anschluss an die Vorstandswahlen ging Johannes Sandmann in seinen Grußworten auf aktuelle Themen und Dauerbrenner im Bereich des Justizvollzuges ein.

„Die Ruhegehaltfähigkeit der Gitterzulage als gewerkschaftliche Forderung der GdP ist zwar nachvollziehbar, aber nicht finanzierbar. Bei einer angenommenen durchschnittlichen Lebenserwartung von 80 Jahren würde diese Forderung den Haushalt mit 500 000 € jährlich zusätzlich belasten“, konstatierte der Leitende Ministerialdirigent.

In diesem Zusammenhang wies er auf den politischen Auftrag hin, auch im Justizvollzug Einsparpotenziale zu prüfen. „Dabei sind auch Gedankenspiele über eine Schließung der JVA Itzehoe und der AHE Rendsburg zulässig.“

In der anschließenden Diskussion wies Schwarzstock auf einen Erlassent-



Johannes Sandmann

wurf des Justizministeriums zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit für Vollzugsbeamte hin. Dabei bestätigte Johannes Sandmann, dass aufgrund gesetzlicher Änderungen Bedarf für eine Regelung gesehen wird. Manfred Börner brachte die Sichtweise der GdP kurz und knapp auf den Punkt: „60 ist für Vollzugsbeamte genug!“

Ein weiterer Punkt war die Kritik der anwesenden Gäste an den Führungskräften in den Dienststellen, insbesondere im Hinblick auf fehlende Mitbestimmungskultur und Wertschätzung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Beendet wurde die Versammlung durch Thorsten Schwarzstock mit einem Zitat des ehemaligen Stellvertretenden Landesvorsitzenden der GdP, Sylvio



Thorsten Schwarzstock

Arnoldi: „Die Führungs-, Umgangs- und Betriebskultur entspricht nicht in allen Justizvollzugsanstalten den Grundanforderungen einer Behörde im 21. Jahrhundert.“ Leider trifft diese Aussage auch nach vier Jahren noch zu.





PSW-Termin
12. - 19. Oktober 2010

Unterbringung im
Doppelzimmer p. P. ab

€ 949,-

Marokko - Faszinierende Königsstädte

8-tägige Rundreise - Erleben Sie die beeindruckenden Königsstädte Marrakesch, Rabat und Fes



PSW-Reisen

Schleswig-Holstein GmbH

Weitere Informationen
und Anmeldungen

PSW-Reisen Kiel

Max-Giese-Straße 22

24116 Kiel

Telefon 0431 - 17093

Telefax 0431 - 17092

psw-reisen.kiel@t-online.de

PSW-Reisen Lübeck

Hans-Böckler-Straße 2

23560 Lübeck

Telefon 0451 - 5021736

Telefax 0451 - 5021758

psw-reisen.luebeck@t-online.de

www.psw-tours.de

Ihr Reiseverlauf im Detail:

1. Tag: Deutschland - Agadir Flug nach Agadir. Begrüßung und Transfer zu Ihrem Hotel in Agadir. 1 Nacht. (A)
2. Tag: Agadir - Marrakesch Fahrt in die zweitälteste Königsstadt, Marrakesch. Sie besuchen den berühmten Ménara Garten am Stadtrand. Nach der Mittagspause im Hotel Führung durch das historische Stadtzentrum. Marrakesch, auch „Rote Perle“ genannt, ist die wichtigste Stadt Zentralmarokkos. 1 Nacht in Marrakesch. (F, A)
3. Tag: Marrakesch - Azrou - Ifrane - Meknes Die Fahrt führt über Beni Mellal nach Azrou. In einer fruchtbaren Ebene werden dank Kanalbewässerung Orangen, Zuckerrohr und Gemüse angebaut. Nach einer Mittagspause in Beni Mellal Weiterfahrt nach Azrou und Ifrane. 1 Nacht in Meknes. (F, A)
4. Tag: Meknes - Fes Stadtrundfahrt in die „Traumstadt“ Meknes. Meknes liegt in einer grünen Landschaft, umgeben von Olivenhainen. Marokkaner halten Meknes für eine der schönsten Städte ihres Landes. Mittagspause. Weiterfahrt in die ehemalige Römersiedlung Volubilis mit ihren Ruinen. 2 Nächte in Fes. (F, A)
5. Tag: Fes Stadtrundfahrt in Fes, der ältesten der vier marokkanischen Königsstädte. Zeitlos er-

scheint das Altstadtbild, beherrscht von den Minaretten der Moscheen. Ihre Stadtrundfahrt führt Sie vorbei an der berühmten Karaouine-Moschee, der Medersa Attaryne, dem Grabmal My Idriss und dem Handwerkerviertel der Stadt Fes. (F, A)
6. Tag: Fes - Rabat - Casablanca Ihre Route führt in die weiße Hauptstadt Rabat. Stadtbesichtigung mit Besuch des Königspalastes (von außen), des Hassan Turmes – dem Wahrzeichen der Stadt –, des Mausoleums von Mohamed V. und der Kasbah. Nach der Mittagspause Fahrt in die Wirtschaftsmetropole Casablanca. 1 Nacht in Casablanca. (F, A)
7. Tag: Casablanca - Marrakesch - Agadir Fahrt nach Marrakesch. Nach einer kurzen Mittagspause geht es zu Fuß durch das Marktviertel der weitläufigen Souks von Marrakesch. 1 Nacht. (F, A)
8. Tag: Agadir - Deutschland Transfer vom Hotel zum Flughafen Agadir. Rückflug nach Deutschland. (F)

...oder verlängern Sie um 8 Tage im
**** Hotel AGADIR BEACH CLUB !

Hinweise: Mindestteilnehmerzahl

Rundreise 25 Personen;

Verlängerung 10 Personen.

Veranstalter: Dertour, Frankfurt/Main.

Unsere Leistungen - Rundreise 12. bis 19. Okt. 2010:

- ✓ Charterflug mit Condor mit Condor (oder vergleichbar) ab / bis Hamburg nach Agadir und zurück
- ✓ Flughafensteuern, Lande- und Sicherheitsgebühren
- ✓ Transfers inkl. Gepäckbeförderung
- ✓ 7 Nächte in Hotels der gehobenen Mittelklasse, Zimmer mit Bad oder DU / WC
- ✓ 7 x Halbpension
- ✓ Rundreise laut Programm im klimatisierten Reisebus
- ✓ Besichtigungsprogramm inklusive Eintrittsgelder
- ✓ Örtliche, deutschsprachige Reiseleitung
- ✓ Informationsmaterial und Reiseführer

Badeverlängerung 19. bis 26. Okt. 2010:

- ✓ Transfer Hotel - Flughafen Agadir / Casablanca
- ✓ 7 Nächte im gebuchten Hotel im Zimmer mit Bad oder Dusche / WC
- ✓ 7 x Halbpension
- ✓ Örtliche, deutschsprachige Reiseleitung

Rundreise ab / bis Hamburg

pro Person

Im Doppelzimmer 949,- €

Im Einzelzimmer 1.069,- €

Badeverlängerung / Agadir Beach Club

pro Person

Im Doppelzimmer 385,- €

Im Einzelzimmer 535,- €

Änderungen und Zwischenverkauf vorbehalten.

Auf Schlemmerfahrt zum Minipreis! An Bord der TT-Line: Travemünde – Trelleborg in 2 Tagen

2010

Frische Seebrise, kein Lärm, kein Stress, einfach nur abschalten – verwöhnen und genießen auf der Ostsee. Erleben Sie das entspannte und genussvolle Leben an Bord der NILS HOLGERSSON auf der Fahrt ins südschwedische Trelleborg. Und die eingeschlossenen Schlemmereien, wie das Captains Büfett, das Frühstücksbüfett und Kaffee und Torte machen diese Reise zu einem besonderen Erlebnis.

Reiseablauf: 1. Tag: Ab 19.00 Uhr Einschiffung und Kabinenbelegung. 20.00 Uhr Abendessen beim Captains Büfett. 22.00 Uhr Abfahrt Richtung Schweden. Tagesausklang in der Panorama Bar. 2. Tag: Frühstücksbüfett. 07.30 Uhr Ankunft Trelleborg. Möglichkeit zum kurzen Landgang. 10.00 Uhr Abfahrt. Freizeit an Bord. Nachmittags Kaffee und Torte in der Panorama Bar. 18.30 Uhr Ankunft Travemünde.

Unsere Termine und Preise pro Person:

06.04.2010 - 09.05.2010 - 21.05.2010 - 05.06.2010

Bei Belegung mit zwei Personen:

Innenkabine 63,33 € / Außenkabine 68,88 €

Inkludierte Leistungen:

* Schiffsreise Travemünde – Trelleborg und zurück * Kabinenplatz in der gebuchten 2-Bett-Kabine auf der gesamten Reise * 1 x Captain's Büfett mit Essen und Tischgetränken satt! * 1 x Frühstücksbüfett, * 1 x Kaffee und Torte

Mindestteilnehmerzahl: 20 Personen pro Termin/Änderungen möglich / Veranstalter: TT-Line

Nähere Informationen und Buchungen bei uns:

PSW-Reisen

Max-Giese-Str. 22, 24116 Kiel
Telefon 0431-17093 / Fax 0431-17092
eMail: psw-reisen.kiel@t-online.de

Hans-Böckler-Str. 2, 23560 Lübeck
Telefon 0451-5021736 / Fax 0451-5021758
eMail: psw-reisen.luebeck@t-online.de

Weitere Infos: www.psw-tours.de



Und was sonst noch so war ...

9. Februar

Eine erfreuliche Entscheidung des Bundesarbeitsgerichtes erreicht uns heute: „Die gesetzliche Entgeltfortzahlung wegen Krankheit an Sonn- und Feiertagen schließt die entsprechenden Zuschläge mit ein.“ BAG-Urteil vom 14. Januar 2009 – 5 AZR 89/08.

10. Februar

Wir bekommen die neue Mitgliederstatistik des DGB, heruntergebrochen bis auf die Einzelgewerkschaften. Die Überschrift lautet: „Mitgliederplus bei GEW und GdP.“ Die GdP konnte 2009 gegenüber dem Vorjahr ihre Mitgliederanzahl um 0,5% erhöhen und liegt nun bei knapp 170 000 Mitgliedern. Insgesamt vertritt der DGB 6,3 Mio. Mitglieder.

15. Februar

In einer kleinen Runde besprechen wir den Ausgang eines Rechtsstreites, der vor dem schleswig-holsteinischen Verwaltungsgericht verhandelt wurde. Ausgangspunkt waren Streitigkeiten mit dem Finanzverwaltungsamt. Ein Ehepaar, zwei Kinder, beide beschäftigt bei der Landespolizei, er vollbeschäftigt, sie aus der Elternzeit in die Teilzeit zurückgekehrt. Die Veränderungsmeldung über die Rückkehr wurde dem Finanzverwaltungsamt nachweislich rechtzeitig mitgeteilt. Trotzdem wurde der erhöhte Familienzuschlag 20 Monate weitergezahlt. Monatlich waren dies 54,17 €. Als die Überzahlung dem Amt auffiel, wurde die Rückforderung unmittelbar eingeleitet. Die Familie sollte den 20 Monate überzahlten Betrag in Höhe von 1083,40 € auf einen Schlag zurückzahlen. Immer gemäß des Mottos: „Der Beamte muss in der Lage sein, seine Besoldungsmittelteilung zu lesen, und überzahlte Besoldung gehört dem Dienstherrn.“ Als erster Erfolg konnte mit GdP-Rechtsschutz erreicht werden, dass eine Ratenzahlung eingeleitet wurde. Der zweite Erfolg war dann beim Schleswiger Gericht: Die Vorsitzende Richterin schlug einen Vergleich vor: Die Klage der Familie wird zurückgenommen, gleichzeitig erklärt sich das Finanzverwaltungsamt bereit, auf 50% des überzahlten Familienzuschlages zu verzichten, weil ein Mitverschulden des Finanzverwaltungsamtes vorliegt. Der Vergleich wurde angenommen.

17. Februar

Thomas Gründemann berichtet mir, dass im Ostholsteiner Anzeiger (Eutin) eine Zeitungsseite des Tages von vor 50 Jahre abgedruckt sei. Dabei sei er auf einen Artikel (siehe unten) gestoßen, in dem darüber berichtet wird, dass ein Kriminalmeister Otto Paulsen bei einem Verkehrsunfall ums Leben gekommen war. Ich weiß aus Erzählungen von Kollegen, dass der damals tödlich verletzte Polizist dem GdP-Landesvorstand angehörte und sehr angesehen war. Sein Bild hing viele Jahre auf der ehemaligen GdP-Geschäftsstelle.

Auf einer Dienstfahrt tödlich verunglückt

40-jähriger Kriminalmeister im dichten Schneetreiben überfahren

Ratekau. Schweren Verletzungen erlag gestern Abend Kriminalmeister Otto Paulsen auf einer Dienstfahrt von Lübeck nach Kiel. Auf der Bundesstraße war der 40-jährige Kriminalbeamte mit drei Kollegen im dichten Schneetreiben gegen 18.40 Uhr in der Nähe der Abzweigung nach Ratekau gegen einen Radfahrer gefahren. An der Unfallstelle fuhr ein Postbus gegen seinen Wagen. Dabei wurde er so schwer verletzt, daß er bald darauf starb.

Otto Paulsen, Schriftführer im Landesvorstand der Gewerkschaft der Polizei in Schleswig-Holstein, fuhr langsames Tempo, da die Sicht wegen des Schneefalles sehr schlecht und die Straße spiegelglatt war. Im letzten Augenblick wollte er einem Radfahrer ausweichen, der wegen der vereisten Straßenränder auf der Fahrbahn fuhr. Ein Zusammenstoß war jedoch nicht zu vermeiden. Sofort hielt er seinen Wagen an, um dem Verunglückten zu Hilfe zu eilen. Ebenfalls stoppte ein entgegenkommender Hamburger Pkw. Dessen junger Fahrer bot seine Hilfe an. Als er gerade mit den Worten: „Ich rufe das Unfallkommando an“ weiterfahren wollte, sah er im Blendlicht die Umrisse eines Postomnibusses, der sich dem Wagen der Kriminalisten näherte.

Laut rief der junge Mann „Achtung, Bus!“ Aber es war schon zu spät. Das große Fahrzeug rammte von hinten den haltenden Pkw, der sich um die eigene Achse drehte. Paulsen, der sich gerade hinter seinem Wagen befand, wurde vom linken Vorderreifen des Busses erfaßt und überfahren.

Seine drei Kollegen bemühten sich sofort um ihren Kameraden. Obwohl er bald in ein Lübecker Krankenhaus gebracht wurde, kam jede ärztliche Hilfe zu spät. Dem 54-jährigen Radfahrer aus Rohlsdorf war nicht viel passiert. Erst nach einer halben Stunde konnte sich die lange Autoschlange, die sich vor der Unfallstelle gebildet hatte, wieder auflösen.

Medien fangen dazu auch die Meinung der GdP ein. Unsere Auffassung: Die Vorratsdatenspeicherung war ein wichtiges Instrument für die Polizei. Bei der Abwägung der Werte von persönlicher Freiheit und Gewährleistung von Sicherheit hat das Gericht zugunsten der persönlichen Freiheit entschieden. Das gilt es zu respektieren. Die Folge wird erhöhte Ermittlungsarbeit sein. Wir weisen in dem Zusammenhang auf den vom Finanzminister geplanten Personalabbau hin. Beides geht nicht: Der Polizei „Hilfsmittel“ entziehen und daneben Personal abbauen bei gleichzeitiger Hoffnung, dass die Ermittlungsergebnisse und Aufklärung keinen qualitativen Schaden erleiden.

3. März

Besuch von einem Kollegen aus Eutin bei uns in der Geschäftsstelle. Bei unserem Gespräch berichtet mir der 51-Jährige von seinen Beihilfeanträgen, die lange beim Finanzverwaltungsamt schmoren. In seiner Familie sind vier beihilfeberücksichtigungsfähige Angehörige. Für Behandlungen hatte er bis zu 2000 € aufzubringen. Die Rechnungen der behandelnden Ärzte waren mit einer

23. Februar

Der Landesvorstand hat sich zu einer Klausur nach Sankelmark zurückgezogen. Arbeitsschwerpunkte und -abläufe, Verantwortlichkeiten und Pflichten werden in dem 25 Personen starken Gremium erörtert, festgelegt und priorisiert. Die Anwesenden empfinden es nach übereinstimmenden Aussagen angenehm, jenseits des Alltages über grundsätzliche Dinge nachzudenken.

2. März

Heute hat das Bundesverfassungsgericht seine Entscheidung zur Vorratsdatenspeicherung getroffen. Die regionalen

Zahlungsfrist von sofort bis maximal zwei Wochen ausgezeichnet. Fünf Wochen hat es gedauert, bis das Finanzverwaltungsamt die Beihilfe überwies. Für den Vater einer sechsköpfigen Familie ein zu langer Zeitraum und zu hoch, um ihn „zwischenzufinanzieren“. Eigentlich, so wird mir von anderer Seite berichtet, sind die Bearbeitungszeiten der Beihilfeanträge deutlich gesunken. Das offensichtlich aber nicht bei allen Sachbearbeitern. Meine Frage an dieser Stelle an andere Beihilfeberechtigte: Gibt es ähnliche Erfahrungen?

Antworten bitte per Mail an Dorith.Schulz@gdp-online.de

